

Nr. 4755/J

1993 -05- 05

II-9704 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Frischenschlager, Mag. Barmüller und Kollegen/innen an die Bundesministerin für Umwelt/Jugend/Familie

betreffend Aufschub der Umweltauflagen für die Hallein Papier

Der Mehrheitseigentümer der insolventen Hallein Papier, die deutschen Papierwerke Waldhof Aschaffenburg (PWA), hat als Bedingung für eine Standorterhaltung neben den Forderungen nach Wiedereinstellung von rund 900 Beschäftigten zu KV-Löhnen, Krediten und Darlehen für die beiden neuen Auffanggesellschaften zu alten Bedingungen, der Stundung der Kapitalrückzahlung, einem Zinsverzicht bis zum Jahr 1997 und dem Verkauf der geleasten Papiermaschinen um 40% des Kaufpreises auch die unzumutbare Bedingung der Aussetzung der Umweltauflagen, insbesondere der Gewässerschutzauflagen auf fünf Jahre gefordert. Diese Forderung ist insbesondere auch in Hinblick auf die Folgewirkungen äußerst bedenklich und würde alle bisher erreichten Erfolge fragwürdig erscheinen lassen.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen dazu folgende

Anfrage:

1. Sind von Ihrer Seite Maßnahmen vorgesehen, die diesen Forderungen entschieden entgegentreten?
2. Wenn ja, welche?
3. Gibt es bereits ähnliche Forderungen anderer insolventer Betriebe?
4. Jeglicher Aufschub bedeutet eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber Betrieben, die diese Maßnahmen schon durchgeführt haben. Ist geplant, diesen Firmen nachträglich diese Investitionen zu ersetzen oder steuererleichternd auszugleichen?
5. Wenn nein, mit welcher Begründung wollen sie diese ungleiche Regelung gegenüber den anderen Betrieben rechtfertigen?
6. Welche grundsätzlichen Schritte übernehmen Sie als Bundesministerium, um zu verhindern, daß die Sanierung maroder Betriebe zu Lasten der mühsam erarbeiteten Umweltschutzauflagen geschieht?